

Die Deutsche Volkspartei will Deutschland mit Hilfe des Kapitalismus wieder aufbauen und zu Freiheit und Ordnung führen. Das Zentrum hat sich anheischig gemacht, christliche Sitte und Recht wiederherzustellen. Die Demokraten versprechen die Befreiung der Massen gegen die Verwirklichung der Harmonie aller Interessen. Nun sollen sie alle zeigen, was sie können. Sie sollen beweisen, wie man gegen die sozialistischen Arbeiter zu regieren vermag und die wirtschaftlichen Nöte nach den Rezepten der Großindustrie und der Großfinanz heilt. Das Experiment wird schmerzhaft sein für das deutsche Volk. Aber wir müssen durch diese Epoche härterer Kämpfe hindurch, nachdem die Novemberrevolution in ihren Ursprüngen stecken geblieben ist.

Besonderes Gewicht legt die rechtssozialistische Presse auf die Säuberlichkeiten, die in der auswärtigen Politik erwirkt werden können. Nun wird zunächst niemand behaupten wollen, daß die auswärtige Politik in den Händen der Koalitionsregierung sich irgendwie durch besondere Vernunft und Zielklarheit auszeichnet habe. Sie hat nur in sehr unvollkommener Weise den Aufgaben, die durch den Ausgang des Krieges geschaffen waren, Rechnung getragen, und wenn beispielsweise der „Vorwärts“ jetzt die groteske Möglichkeit an die Wand malt, daß der famose Baron von Versner als Mitglied der volksparteilichen Fraktion vielleicht Minister des Auswärtigen werde, so dürfen wir wohl daran erinnern, daß es die Koalitionsregierung gewesen ist, die diesen Mann in kritischer Zeit nach Paris gelandt und ihm die Gelegenheit zu seinen ebenso lächerlichen wie arroganten Panzurvorträgen gegeben hat.

Im übrigen wird sich auch in der auswärtigen Politik sehr bald herausstellen, daß die Wand stärker ist als die Äpfel der nationalistischen Maulhelden. Es ist leicht, in der Opposition von Revanchekrieg zu phantasieren, aber es ist unmöglich, diesen wahnwitzigen Gedanken in der Regierung gegen den Willen der Arbeiterschaft und angesichts des zweifellos wachsenden Misstrauens der Entente zu verwirklichen. Selbst ein stärkerer Mann als Ludendorff würde genötigt sein, sich zu beugen.

Wir sagen das alles nicht, um die Gefahren der Rechtsregierung geringer erscheinen zu lassen, als sie tatsächlich sind. Wir wollen nur darauf hinweisen, daß die allgemeine Lage, in der sich Deutschland befindet, die Pläne der Koalition nicht wird in den Himmel wachsend lassen. Sehr viel freilich hängt davon ab, ob die Rechtssozialisten, wenn sie in die Opposition getreten sind, mit uns gemeinsam alles tun wollen, um das Selbstbewußtsein und den Kampfsinn der Arbeiterschaft zu heben und die proletarischen Massen in ihrem rücksichtslosen Widerstand gegen den Anturum der Gegenrevolution zu befestigen. Auf jeden Fall aber kann es sich bei einer bürgerlichen Regierung nur um einen Übergang handeln. Sie wird nach aller Voraussicht das Wesentlichste dazu beitragen, daß aus der halben Revolution bald eine ganze gemacht wird.

Der Zusammenbruch der Rechtssozialisten in Württemberg.

Die Wahlen am Sonntag, den 6. Juni, haben die Arbeiterschaft Württembergs in glänzender Bereitschaft gegen bürgerliche Demokratie und Reformsozialismus gefunden. Die rechtssozialistische Partei und Koalitionspolitik erlebte ihren Zusammenbruch. Im Wahlkreis Groß-Stuttgart hatte die Sozialdemokratische Partei bei den Wahlen zum Reichstag einen Abgang von 72 208 Stimmen am 19. Januar 1919 auf 27 927 Stimmen am Wahltag 1920. Wenn so katastrophal wie bei den Wahlen in den einzelnen Kreisen. In ganz Württemberg ging die Stimmzahl zurück von 470 204 auf etwa 180 000 Stimmen. Während so die rechtssozialistische Partei eine Massenflucht aus ihrem Lager erlebte, schwollen die Stimmzahlen der U. S. P. D. ganz bedeutend an. Entfielen am 19. Januar 1919 auf die Kandidaten der U. S. P. D. 83 371 Stimmen, so stieg die Zahl am 6. Juni auf 145 220.

Das Blutbad von Bad Thal.

Zeitfreiwillige Studenten als Massenmörder.

W. T. B. meldet: Bei den Märzstudien dieses Jahres wurde, wie seiner Zeit gemeldet, in Bad Thal (Thüringen) eine Anzahl Einwohner von Marburger Zeitfreiwilligen verhaftet und mehrere von ihnen erschossen. Die angeführten Ermittlungen konnten noch nicht abgeschlossen werden, da umfangreiche Zeugenerhebungen erforderlich sind. Bisher ist in Bezug der Ermittlungen gegen 14 Zeitfreiwillige Anklage wegen rechtswidrigen Waffengebrauchs in Verbindung mit Totschlag erhoben worden.

Diese Anklageerhebung zeigt wieder einmal, mit welcher rührenden Hartigkeit man reaktionäre Mordgesellen behandelt. Die Marburger Zeitfreiwilligen Studenten haben am 24. März die vollkommen friedliche Ortschaft Bad Thal in Thüringen besetzt und unter Waffengewalt die Verhaftung von 15 Bürgern erzwungen. Diese 15 Bürger wurden auf Rasenplätzen verladen, die mit von Totenköpfen umrahmten Ausschüssen wie „Marburger Studentenbund“ geziert waren. Am nächsten Vormittag wurden die 15 Verhafteten ermordet und scheinlich verbrannt, zum Teil von vorne erschossen, in Bruchstücken von 100 bis 200 Meter von einander entfernt, am Rande der Straße Sattelhölzle-Rechterhölzle aufgefunden. Von allen, die späterhin die Leichen der Erschossenen gesehen haben, wird ausgefragt, daß sich dieselben in einem grauhaft entstellten Zustand befunden haben. Die Verwunden seien zum Teil nur noch an den Gliedmaßen erkennbar gewesen.

Die Marburger zeitfreiwilligen Studenten handelten zwar auf eigene Faust, als sie die Verhaftungen vornahmen, wenigstens wird von der Brigade Kumshölzle, die für diesen Bezirk zuständig ist, bestimmt erklärt, daß sie keinen Befehl zur Verhaftung gegeben habe. Aber diese Tat konnte ja nur geschehen, als Folge der maßlosen Lege gegen die Arbeiterschaft, der militärischen und nationalsozialistischen Reaktion, die an den Unversöhnlichen in voller Blüte steht. Diese Tat beweist aber auch mit größter Deutlichkeit, welchen Zustand wir entgegengehen, wenn die Reaktion in Deutschland triumphiert. Die Brutalität der Nationalisten und Militaristen kennt keine Grenzen. Horstburgarn ist ihr Ideal. Von besonderem Interesse ist die Tatsache, daß sich unter den studentischen Mördern auch ein **Katholik** befunden haben. Das stimmt ganz überein

Das Lockspindelium der Konterrevolution

Wir haben schon mehrfach Gelegenheit genommen, auf die Gefahren hinzuweisen, die der organisierten Bewegung des Proletariats durch das Eindringen dunkler Elemente in ihre Reihen droht. Die die Arbeiterschaft für die verbrecherischen Zwecke der Gegenrevolution zu missbrauchen suchen. Das Lockspindelium hatte namentlich unter Koslos Herrschaft einen unheimlichen Umfang angenommen; aber nicht nur die Behörden, sondern vor allem die mit dem Gelde der Eisenindustrie arbeitenden reaktionären Geheimorganisationen haben diese Korruption auf das höchste gesteigert. Zur Illustration dieses Treibens sei nachstehendes Dokument angeführt:

Deutsche Freiheitspartei
D. F. P.
Brunswald, den 28. Februar 1920.
Berechtt. Herr Weisenthal!

Sie wollen mit dem Ueberbringer dieses, Herrn A. Fischer, einer der prominentesten Führer der Arbeiterschaft, in nähere Verbindung eintreten. Es dürfte ein leichtes sein, durch Herrn Fischer die von uns und auch von Ihnen für notwendig erachtete Zerspaltung in die Arbeiterschaft hineinzutragen.

Durch Herrn Fischer dürfte es möglich sein, auch Verbindung mit Rasch, Roenen, Feinen, Jung, Schwab, eotl. Cohen (jedoch nicht mit Däumig oder Bevi) zu erhalten.

Fischer ist schon dadurch absolut vertrauenswürdig, daß er seit längerer Zeit in Verbindung mit Hauptmann Kocischewitz steht.

In der Hoffnung, daß unsere Sache einen guten Ausgang nehmen wird, bin ich,

mit treudeutschem Gruß

Pelzer.

Der hier genannte Fischer hatte im vorigen Jahre versucht, Einfluß auf einige Kreise der Arbeiterschaft zu gewinnen, wobei er sich vor allem dadurch hervortat, daß er auf die „Parteien“ und die „Parteilosen“ (Gimpfe (auch die „Freiheit“ wurde angegriffen) und die Gründung einer „über den Parteien stehenden“ Arbeiterorganisation empfahl. Die erfahrenen Genossen erkannten sehr bald die Unzuverlässigkeit dieses Herren und wüteten ihn ab. Welchen Zielen er in Wirklichkeit diene, ergibt sich aus seiner Verbindung mit dem Hauptmann Kocischewitz, dem früheren Leiter des Spigeldienstes im Korps

mit der Haltung der christlichen Seelenhirten, die den völkermordenden Weltkrieg geknebelt haben.

Das ist die Mute der deutschen Bourgeoisie. Dafür stempelt man sie auch nicht zu gemeinen Mördern, wie man das natürlich sofort mit aller Behemung bei Arbeitern oder revolutionären Sozialisten getan hätte. Rechtswidriges Waffentragen in Verbindung mit Totschlag, so lautet die Anklage für die studentischen Mörder, die 15 unschuldige Bürger zwangsweise verhaftet und in tödlicher Hast abgeschlachtet haben. Und da wagt man nach dem Wälten einer „Klassenjustiz“ zu behaupten.

Die weiternden Balkanumer.

Durch das Balkische Telegraphenbureau wurde dieser Tage die Meldung über die gewaltsame Auflösung der Maschinen-gewerkschaft des Infanterie-Regiments 92 in Coetz gemeldet, die durch ihre geheimnisvolle Darstellung allgemeines Aufsehen erregte. Es steht jetzt fest, daß diese Meldung von dem Reichswehrministerium selber in die Presse gebracht worden ist, und zwar auf Grund eines Verhörs, der dem Reichswehrministerium von den Dienststellen in Coetz zugegangen war. Bezeichnenderweise war in diesem Telegramm mit keinem Wort von einer Bestrafung der aufständischen Truppen die Rede. Im Gegenteil, es wurde der Anseheln erwidert, als wenn man die Mörder, die den Reichswehrtruppen drei Tote und sechs Verwundete zugefügt haben, ohne sie zur Rechenschaft zu ziehen, in die Reichswehr einberufen hat. Jetzt wird uns mitgeteilt, daß die Soldaten bei Coetz interniert worden sind, wo sie unter Beobachtung der Reichswehr stehen. Eine strafrechtliche Untersuchung der ganzen Angelegenheit ist eingeleitet worden.

Die Progrompartei.

Man sage nicht, daß die Deutschenationalen ihre Judenfeindschaft nur zu Wahlzwecken in den Vordergrund gestellt haben. In ihrer Programmnummer vom 9. Juni wendet die „Deutsche Zeitung“ gegen die wasserbündete Deutsche Volkspartei in höchster Rede ab:

Die Bekanntheit des vertraulichen Vorstandsbeschlusses der D. V. in Nr. 268 der „Deutschen Tageszeitung“, daß diese Partei keinerlei antisemitischen Charakter habe, ist sehr erfreulich. Wird doch dadurch endgültig festgestellt, daß unter Stresemanns Führung die Partei wahrhaft jüdenfeindlich **keine** Umstände umfassen und damit für den Kampf um das deutsche Volkstum völlig unbrauchbar sein wird.

Erfreulich aber noch als diese Klarstellung ist die Stellungnahme der Deutschenationalen Volkspartei, die es im Gegensatz zur D. V. für ihre Pflicht hält, vom Kampf für den deutschvölkischen Gedanken das Judentum offen als den eigentlichen Feind des deutschen Volkstums zu bezeichnen; ja, die antisemitische Haltung ist der Partei heute Bewußtseinsfrage.

Wald und Holz zu künftigen Kämpfen; nur Klarheit und ein festes, unüberwindliches Ziel führen zum Siegel!

Es schließt also nichts mehr vor dem Verdacht der Verjudung. Selbst der struppellose Kampf der Deutschen Volkspartei gegen die Juden und Jüdengeossen der Koalitionsregierung hat nicht Gnade gefunden bei Herrn Bulle und der „Deutschen Zeitung“. Wir empfehlen der Deutschenationalen Volkspartei, die Aufnahme neuer Mitglieder davon abhängig zu machen, daß die Betroffenen möglichst bis ins zwanzigste Glied erkennenmäßig ihre Jüdenfeindschaft nachweisen müssen. Das wäre der einzige Weg, um zu einer deutsch-völkischen Elite zu gelangen. Das hätte sicherlich auch bittere Konsequenzen: Ausscheiden vieler hervorragender Führer der Partei, weil von jüdischer Abstammung oder mit Juden verflochten. Versteigen der großen Reichsmittel und Zusammenkürzungen der Partei auf eine Mindestzahl, die bequem in der Redaktion der „Deutschen Zeitung“ Platz fände. Aber was tut man nicht alles, um die Juden und ein jüdisches, unüberwindliches Ziel führen

Lüttwitz und jetzigen Leiter des „Nachrichtendienstes“ im Reichswehrministerium. Auch die Verbindung Fishers mit Pelzer, einem der Leiter der antisemitischen Progromorganisationen, zeigt die wahre Natur dieses Burschen.

Ein zweites Dokument, das aus den Klappagen stammt, ist noch lehrreicher. Es bildet einen interessanten Beleg für die Tatsache, daß die Klapp-Lüttwitz-Bande schon am zweiten Tage ihrer Herrlichkeit sich nach „Stützpunkten“ in der Arbeiterschaft umfahen und für diesen Zweck ziemlich große Mittel aus den militärischen Dispositionsfonds bereitstellten. Das Dokument hat folgenden Wortlaut:

Auswärtiges Amt
v. S. B.
Nr.
Persönlich!
14. März 1920.

Hochzuverehrender Herr Kamerad!

Ex. v. Falkenhäuser teilt mit, daß seine Bedenken gegen Verhandlungen mit Herrn Rasch bestehen. Sie wollen bitte sofort durch Vermittlung des Kaplins. von Seelhorst die Verbindung noch heute aufnehmen. Da unsere Front infolge der Ihnen bekannten Schwierigkeiten augenblicklich sehr erschöpft sind, wollen Sie zu Lasten der Nachrichtenabteilung auf dem Dispositionsfonds 1c bis zu 50000 (fünzigtausend Mark) nach eigenem Ermessen verwenden, der Reichswehrminister, S. Ex. v. Lüttwitz, hat solchen entsprechende Anweisung ergehen lassen.

Hauptmann Karmann ist nur dahingehend zu informieren, daß Verhandlungen mit Arbeiterführern eingeleitet sind.

Da ich heute noch nicht anwesend bin, wollen Sie das Resultat Ihrer Recherchen und die projektierte Zeit und Ort der Zusammenkunft persönlich Ex. v. Falkenhäuser mitteilen.

Ich erbitte schriftliche und telephonische Empfangsbestätigung mit Kameradschaftlichem Gruß

8 Anlagen.

Ihr

W. von Heimburg.

Der Autor dieses Schreibens, W. von Heimburg, war in den Klappagen in der Reichskanzlei tätig. Im vorigen Jahre war er Pressedirektor im Korps Lüttwitz, später Arbeiter der „Deutschen Rtg.“, „Deutschen Tagesztg.“ usw. Herr v. Falkenhäuser war in den ersten Tagen des Roten Putzches Chef der Reichskanzlei. Der im Dokument erwähnte Rasch war früher Vertreter der R. V. D. im Reichsrat und ist noch heute einer der „Führer“ der R. V. D.

zum Siegel“ schreibt die „Deutsche Zeitung“. Und dieses Ziel ist das Progrom. Und das Progrom, die Judenmorde, ist das Ziel der Deutschenationalen, die Herrn Bulle an erster Stelle in den Klappagen gesetzt hat.

Glänzende Konjunktur für das Kapital.

Die Norddeutsche Wollkammerei und Kammergarnspinnerei in Bremen verteilte für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 12 Prozent im Gesamtbetrag von 2700000 Mark und außerdem Genussscheine über 500 Mark im Gesamtbetrag von 11250000 Mark. Dieser gewaltige Gewinn ist erzielt worden trotz der angeblich hohen Löhne der Arbeiterschaft, über die in dem Jahresbericht des Vorstandes des Unternehmens geflagt wird. Aus diesem Bericht ergibt sich auch noch manches andere Bemerkenswerte. So wird mitgeteilt, daß das Unternehmen dauernd unter Kohlenmangel zu leiden habe und wiederholt gezwungen gewesen sei, einzelne Betriebe aus diesem Grunde zeitweise zu schließen. Die Arbeiter-schwierigkeiten hätten nicht aufgehört und namentlich in der ersten Hälfte des Jahres vielfach zu Streiks geführt. Es sei jedoch möglich gewesen, sämtliche ruhenden Betriebe wieder in Gang zu bringen. Ein befriedigender Stand, so wird behauptet, konnte aber noch nicht erreicht werden. Das Effektenkonto habe sich um die Bestände an deutscher Kriegsanleihe und die Abschreibung anzuweisen vermehrt, die ohne Verlust abgestoßen worden seien.

Trotz dieser Schwierigkeiten hat das Unternehmen aber doch einen so riesigen Gewinn abgeworfen. Es ist besonders kennzeichnend, daß es der Wollkammerei gelungen ist, sich von den Kriegsanleihen und Schatzanweisungen, die es nothgedungen im Kriegsereignis übernahm, wieder zu befreien. Wie bei dieser Gesellschaft liegen die Verhältnisse bei den meisten Unternehmen. Sie haben gewaltige Gewinne erzielt, sich wagen auf die „hohen Löhne“ der Arbeiter und weigern sich jetzt, die unbedingt notwendige Verbilligung der Warenpreise vorzunehmen.

Noch keine Regierungsbildung in Braunschweig.

Braunschweig, 9. Juni.
Die heutigen Verhandlungen der Landesversammlung über die Bildung der neuen Regierung haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Sitzung wurde zu weiteren Verhandlungen auf morgen vertagt.

Kraffins Condoner Tätigkeit.

T. U. London, 9. Juni.
Kraffin hat, wie berichtet wird, bereits große Mengen Chemikalien in London eingekauft.

In der Dienstag-Konferenz, die Kraffin mit dem Obersten Wirtschaftsrat hatte, wurde, wie behauptet wird, über die Frage der Öffnung der Häfen und der Eisenbahnverbindungen konferiert.

Es verlautet, nach einer Meldung der Telegrammen-Agenten, daß die Sowjet-Regierung die englischen Bedingungen für die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs angenommen habe.

Der ungenügende russische Goldvorrat.

T. U. London, 9. Juni.
Die in London erscheinende Zeitung „New Russian“ schätzt die Goldmengen, welche der Sowjet-Regierung gegenwärtig noch zur Verfügung stehen, auf etwa 890 Millionen, was nicht genügen würde, um die Waren bezahlen zu können, deren Einfuhr die Bolschewisten wünschen. Die Summe würde nicht einmal ausreichen, um die Schadenersatzansprüche der Ausländer zu befriedigen.

Die Zeitung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Kaplins Gumann, der früherer Presschef des Reichswehrministeriums, übernahm am Donnerstag, den 10. d. Mtz., die Leitung der Deutschen Allgemeinen Zeitung.

Partei, Räte und Gewerkschaften.)

In einer kürzlich stattgefundenen von 1500 Personen besuch-

Die heutige Branchenversammlung der Schiefer, Galvani-

Wenn die gesamte Arbeiterschaft, ohne Unterschied ihrer

Diese Willensfundgebung einer größeren Versammlung

In der Zuweisung der Aufgaben an die Räte wird vielerlei

Es ist nun aber eine Gewissheit dafür gegeben, daß die Arbeiter-

Glaubt man, daß dies in Zukunft anders sein wird? Wir

Dieser Artikel ist bereits vor den Reichstagswahlen ge-

verschiedenheiten tauschen von neuem auf und würden von neuem

Die Einigkeit der politischen Arbeiterbewegung kann nicht

Die Auffassung, daß die Betriebsräteorganisation den politi-

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Betriebsräte keine

Zu erörtern wäre nur noch einmal die Frage der politi-

Die Folgen der Erweiterung der

Die Einbegleichung der Einnahmen von über 5000 bis ein-

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Angenruber.

Ein langes Sätzeigen lag dann über der Stube,

Das Mädchen erhob sich ädgernd, vor Bangheit und

„Se, du Seyherl,“ rief Selene, als die Dirne mit

Seyherl stand erschreckt, sie schlug das Wortuch zurück

Die Kleebinderin besah es eine Weile. „Das schaut so

„Soll auch nit anders, besser, er wär' gleich vom An-

Des Herrgottmachers Weib sah der Dirne scharf in die

„Hält Euch Gott!“

„Gute Nacht!“

Als Seyherl an der Brücke vorüberschritt, glaubte sie,

Sie hatte es nicht gesehen, daß die Kleebinderin eine

Kopfes der vorletzten Hütte am unteren Ende des Dorfes

Wieder über einen Tag, da begruben sie ihn.

Als die Leidtragenden und die Beileitenden sich ent-

Erst polsterte Scholle um Scholle auf den Sarg, bald

Der ehrliche Herrgottmacher hatte sich all sein Leblang

Das Käferchen, das im warmen Sonnenschein über

den rieselnden Sand dahingelaufen, vor dem strübenden

Das Käferchen, das im warmen Sonnenschein über

den rieselnden Sand dahingelaufen, vor dem strübenden

Ran hat er tou, hohl, ein Gehäns, eine leere Chäse

Abzug der Mitgliederzahl 1054 Männer und 4443 Frauen. Die

Aus diesen Ziffern ist die Proletarisierung vieler Berufs-

„neuen Mittelstand“ rechnen. Die allgemeine Lage hat auch

Gewerkschaftliches.

Eine auch soziale Firma.

Vom Schneiderverband wird uns geschrieben:

In vielen Straßen Berlins sieht man Korsett-Fabriken mit

Was aber allem die Krone abridgt, zeigt folgender Vorfall

Am Freitag, den 4. Juni, früh 7 Uhr, kamen die Arbeiterinnen

„neuen Mittelstand“ rechnen. Die allgemeine Lage hat auch

unserer Bewegung. Die Eintrittskarten zum Preise von 2.50 M. sind bei dem Ortsverwaltungspräsidenten und am Sonnabend in der Kasse zu haben.

Achtung! Schuhmacher!

Ein rigoroser Arbeitsgeber scheint der Herr Brode, Schneider, Martin-Luther-Strasse 72 zu sein. Bekanntlich steht laut Tarifvertrag — abgeschlossen zwischen dem Zentral-Verband der Schuhmacher und den Schuhmacher-Vereinigungen Groß-Berlins — beiden Parteien ein Kontrollrecht über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu. Am 3. Juni erfolgte bei A. eine Kontrolle wegen Nicht-Innehaltung des Tarifs. Nach längerem Verhandeln erklärte sich auch A. bereit, am Sonnabend, den 5. Juni, den bedeutend zu wenig gezahlten Lohn nachzugeben. A. glaubte aber am Sonnabend schneller mit seinem Gehilfen fertig zu werden, indem er ihn einfach entließ und dadurch aufs Straßenpflaster setzte und sich nunmehr durch Annoncen in der Volkszeitung nach einem anderen Gehilfen umsieht. A. glaubt die Arbeitslosigkeit, die gegenwärtig herrscht, durch seine Vorgehensweise zu begünstigen, denn er zahlte für ein paar Abjahre 80—90 Pf. und für Sohlen bis 1.75 M. unter dem Tarif, aber ungemessene Preise läßt er sich zahlen.

Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

Zur Lohnbewegung in der chemischen Industrie.

Die Verhandlungen vor dem Bezirks-Schlichtungsausschuss am Dienstag, den 8. Juni 1920, haben zu einem befriedigenden Ergebnis nicht geführt. Der Verband der Fabrikarbeiter hat sofort Schritte unternommen, daß der Zentral-Schlichtungsausschuss am Freitag, den 11. Juni 1920 zusammentritt, um sich mit dieser Schlichtungssache zu befassen.

Um zur Entscheidung des Zentral-Schlichtungsausschusses Stellung zu nehmen, treten die Funktionäre der chemischen Industrie am Mittwoch, den 16. Juni 1920, abends 6 Uhr, in der Aula des Victoria-Bauwerks, Berlin, Prinzenstr. 51, zur Beschlusfassung zusammen. Eine Sonderladung zu dieser Versammlung ergeht nicht. Alle Betriebe werden ersucht, für vollständige Vertretung in dieser Funktionärerversammlung zu sorgen. Eintritt nur gegen Vorlegung der Funktionärliste und des Mitgliedsbuches.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Ortsbereich Groß-Berlin.

Achtung Bauarbeiter! Kessel- und Schornsteinbau! Da die Unternehmer unserer Gruppe die Verhandlungen abgebrochen haben, sind die Kollegen Mittwoch, den 9. d. M., in den Streik getreten. Wir ersuchen unsere Mitglieder, überall darauf zu achten, daß niemand die Arbeit weitermacht. Einwige Verstöße sind uns zu melden.

Groß-Berlin.

Beamtenbesoldungsreform in Groß-Berlin.

Zu diesem Thema wird uns geschrieben: „Die Groß-Berliner Gemeinden waren die ersten, die sich an die schwierige Aufgabe einer Beamtenbesoldungsreform gemacht haben. Die neue Besoldung räumt mit den unzähligen Gehaltsklassen auf und verringert sie auf wenige Klassen, in denen auch eine Aufstiegsmöglichkeit gegeben war. Um den schwankenden Leuenerungsverhältnissen besonders Rechnung zu tragen, wurde neben dem Gehalt eine bewegliche Zulage von 2000 Mark, in den Vororten 2400 Mark gezahlt, die je nachdem erhöht oder auch, wenn die Verhältnisse es gestatten, herabgesetzt werden können. Den Groß-Berliner Gemeinden sind nun Staat und Reich gefolgt; sie haben eine Regelung dahin beschlossen, daß zu einem Grundgehalt eine 50prozentige Zulage kommt, die alljährlich festgesetzt werden soll.“

Diese Grundzüge wollen nun die Groß-Berliner Gemeinden anwenden und eine neue Besoldungsreform vornehmen. Unbedingt verpflichtet hierzu sind die Gemeinden nicht. Es ist möglich in dem Augenblick, da wir vor einem Groß-Berlin stehen, in verschiedenen Gemeinden wieder verschiedenen vorzugehen. Verhandlungen mit den Beamten- und Angestelltenorganisationen haben eine Basis ergeben, auf der etwas aufgebaut werden soll. Ueber die Höhe der Sätze soll nicht getagt werden. Wir und unsere Freunde in der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben immer den Standpunkt vertreten, daß die frühere Besoldung der Beamten eine schlechte war und unseren Gewinnen ist es vornehmlich mit zu danken, wenn die am schlechtesten bezahlten unteren Beamten endlich eine namhafte Besserstellung erfahren haben. Es fragt sich jetzt nur, ob das vom Reich und Staat aufgestellte Prinzip einer besonderen Zulage von 50 Prozent, reiflos auf alle Gehaltsklassen angewendet, gerecht ist. Die Wirkung ist doch die, daß ein Beamter mit 8000 Mark Grundgehalt eine Zulage von 4000 Mark bekommt, während ein anderer Beamter mit 16 000 Mark Gehalt 8000 Mark hinzubekommt. Die Leistung trifft doch den Beamten mit 8000 Mark Gehalt ebenso stark wie den mit 16 000 Mark. Das würde aber dazu führen, allen Beamten eine gleich hohe Zulage zu geben. Die Folge würde sein, daß die Beamten mit hohen Gehältern vor den mit geringeren Gehältern dann nicht ohne Not bevorzugt würden. Unter Anwendung dieses Grundprinzips würde die große Masse der Beamten in den unteren und Mittel-Gehaltsklassen besser gestellt werden können ohne die höheren Stufen zu benachteiligen, sie aber auch nicht zu bevorzugen.

Bei dieser Gelegenheit sei auf einen Gesichtspunkt hingewiesen: Mit dem Inkrafttreten von Groß-Berlin werden eine Anzahl Beamte in den höheren Gehaltsstufen eventuell keine Verwendung finden oder aber erklären, für sie sei eine gleichwertige Stellung nicht vorhanden und sie erheben Anspruch auf Fortzahlung ihres Gehalts auf Jahre hinaus, ohne dafür die Finger zu rühren. In solchen Fällen heute schon höhere Gehälter im voraus festzusetzen, würde keine Stützvermehrung verantworten können. Das sollte nicht aus dem Auge gelassen werden. Hoffentlich findet sich ein Weg, der diesem Gesichtspunkt Rechnung trägt, aber auch im allgemeinen den Wünschen der Beamten gerecht wird.“

Wir geben diese Darlegungen wieder als Beitrag zur Frage der Beamtenbesoldungsreform.

Eine kommunale Frauenpartei.

Für die Groß-Berliner Stadtverordnetenwahlen ist auch eine Vorschlagsliste eingereicht, die mit dem Namen der früheren deutschnationalen Abgeordneten Fräulein von Gierke beginnt. Es handelt sich um die Gründung einer besonderen kommunalen Frauenpartei, der Damen der besseren Gesellschaftsklassen aus dem Westen und den westlichen Vororten angehören, die sich bisher in den verschiedenen bürgerlichen Parteien betätigt haben. Die neue kommunale Frauenpartei will völlig unpolitisch sein und in der kommenden Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung lebhaft praktische Arbeit leisten. Unter Fräulein

von Gierke sind als Kandidaten für die Groß-Berliner Wahlen noch vorgeschlagen: Frau E. Jinn-Charlottenburg, die Sozialdemokratin Dr. phil. von Farnad, Helmine Mehl-Charlottenburg, Frau Gergerberg-Storp-Wilmersdorf, Bureauangestellte Frieschel-Charlottenburg, Frau Herber-Charlottenburg, die Kinderärztin Dr. med. Hoffmann-Berlin, Dr. phil. Stoeber-Damm-Schöneberg und Schriftführerin Weinberg-Berlin.

Die Namen dieser Damen sprechen dafür, daß es sich um Wahrnehmung der Interessen rechtsbürgerlicher Parteien handelt. Arbeiterfrauen werden natürlich ihre Stimme nur den Kandidaten der U. S. P. geben.

Gegen die Befristung der Höchstmieten.

Vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin, Dr. Mayer, wird folgendes bekannt gemacht:

In der Veröffentlichung des Verbandsausschusses des Wohnungsverbandes Groß-Berlin vom 14. April 1920 ist die Gültigkeitsdauer der festgesetzten Höchstmieten für Mietzinssteigerungen entgegen dem Beschlusse vom 7. April 1920 des vom Bezirksausschuss zu Potsdam für die endgültige Festsetzung der Höchstmieten für Mietzinssteigerungen gewählten Sachverständigenausschusses und entgegen der Bestimmung des Absatzes 7, § 4 der Höchstmietenverordnung vom 9. Dezember 1919 auf die Zeit bis zum 30. September 1920 begrenzt. Diese Zeitbeschränkung ist ungesetzlich und daher unwirksam. Sie darf von den Mietminderungsämtern und anderen Behörden nicht zur Anwendung gebracht werden. Eine Neuzeitsetzung der Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen gemäß § 4 der Verordnung vom 9. Dezember 1919 wird hierdurch nicht berührt, sondern bleibt jederzeit dem Ermessen des Wohnungsverbandes unter den gesetzlichen Maßnahmen vorbehalten.“

Für den Wohnungsverband Groß-Berlin und seinen Charakter ist es bezeichnend, daß ihm vom Oberpräsidenten gesagt werden muß, daß seine Veröffentlichung über die Befristung ungesetzlich und unwirksam ist. Die Veröffentlichung, gegen die sich der Oberpräsident wendet, war mieterfeindlich und lag nur im ausschließlichen Interesse des Hausbesitzes. Es ist höchste Zeit, daß dieser Wohnungsverband eine andere Zusammenfassung erfährt und insbesondere eine andere Leitung erhält.

Verdoppelung der Schanksteuersätze.

Die preussischen Minister der Finanzen und des Innern haben mit Rücksicht auf die starke Geldentwertung und den wachsenden Finanzbedarf der Gemeinden und Gemeindeverbände die für Schanksteuerordnungen der Gemeinden festgesetzten Steuerhöchstsätze auf das Doppelte erhöht. Diese Höchstsätze können auch in anderen Gemeindeverbänden als solchen mit starker industrieller Entwicklung zugelassen werden, wenn die besonderen örtlichen Verhältnisse, beispielsweise ein starker spekulativer Anlauf von Gastwirtschaften, eine so weitgehende Steuerbelastung rechtfertigen.

Beeren- und Pilzjammerscheine.

Aus dem Landwirtschaftsministerium wird geschrieben: Vor dem Kriege wurden für Beeren- und Pilzjammern in der preussischen Staatsforstverwaltung Beiträge von 10 Pf. bis 5 M. erhoben, je nachdem die Jammern als Waldarbeiter, schulpflichtige Kinder, sonstige Personen zum Selbstverbrauch oder an gewerbemäßige Sammler veräußert wurden. Im Anfang des Krieges erfolgte eine Herabsetzung der Gebühren für die Erlaubnisscheine auf 5 Pf. je Jettel. In Rücksicht auf die hohen Lebensmittelpreise und die Bedeutung, welche die Zuführung der Beeren und Pilze des Waldes für die allgemeine Ernährung des Volkes besitzt, hat der preussische Landwirtschaftsminister Braun durch Verfügung vom 5. Mai d. J. bestimmt, den sehr niedrigen Preis von 5 Pf. je Jettel auf 10 Pf. zu erhöhen, für das Jahr 1920 bestehen zu lassen.

Turnfest des Turnvereins „Fichte“.

Der Turnverein „Fichte“, in der Berliner Arbeiterschaft durch seine rührige, der Volksgesundheit dienende Tätigkeit bestens bekannt, bezieht am kommenden Sonntag die Feier seines 30-jährigen Bestehens. Es kann an dieser Stelle kein ausführlicher Rückblick auf die Entwicklungsgeschichte des Vereins gegeben werden. Aber es dürfte doch nicht ganz der Erinnerung entfallen sein, daß Polizeiwärter, verurteilte Verordnungen und verwaltungsgerichtliche Auslieferung nach Kräften bemüht waren, den Aufstieg der Arbeiterturnvereine in Berlin zu verhindern. Der Sturmwind der Revolution hat manche Hindernisse — Turnhallensperre, Unterrichtslaubnisscheine usw. — hinweggefegt, und so kann heute der Verein auf die stattliche Zahl von 18 Männern, 10 Frauen, 17 Bechlings-, 18 Frauen- und 11 Mädchenabteilungen zählen. Diese werden am Sonntag in einer prachtvollen Massenübung, die vom Mariannenplatz mittags 12 Uhr ihren Anfang nimmt, für die Sache der Weibselübungen demonstrieren. Auf dem großen Spielplatz im Treptower Park werden dann Freilübungen nach Musik, Kampfsport, Wettkämpfe, Wettspiele und humoristische Wettkämpfe der Kinder Zeugnis von der Vielfältigkeit des Übungsbetriebes ablegen. Auf dem Vereinsturnplatz in Treptow wird am Sonnabend nachmittags ein Geräte-Schulturnen den Auftakt bilden, während am Sonntag vormittags ein Vereins-Zwölfkampf, zu dem fast alle namhaften Groß-Berliner Vereine gemeldet haben, zum fehrlichen Wettkampf auf dem grünen Rasen zusammenführt. Die Berliner Arbeiterschaft möge durch zahlreiches Besuchen, daß bei ihr stetig wachsendes Verständnis für Körper- und Weibselpflege vorhanden ist.

Die neu gewählten Mitglieder des Aufsichtsrates der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ trafen am Freitag, nachmittags 5 Uhr, zu der konstituierenden Sitzung in den Geschäftsräumen der „Freiheit“, Schiffbauerdamm 19, zusammen.

Der Ausschuss der Rinderseuchekommission findet sich morgen früh, pünktlich 10½ Uhr, im Städtischen Jugendamt, Zimmer 10, Jüdenstr. 52, Abteilung 6, ein.

Der neue Tarif für die städtischen Hilfsangestellten wird nun auch vom Richterberger Magistrat entsprechend dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom 8. Mai 1920 der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme empfohlen. Die Vergütungssätze für Jugendliche sollen nach der Vorlage des Magistrats auf ¼ des Tarifsatzes herabgesetzt werden. — Weitere Vorlagen betreffen die Besoldungsreform für die städtischen Beamten und dauernd Angestellten und die Beurlaubten.

Zum Nord am dem Oberlehrer Ermsberger. Erneute Verhandlungen der Frau Ermsberger und des Monteur Probe haben gestern stattgefunden. Noch nicht aufgelöst ist der Verbleib des Angewandten, den Probe in der Nordstadt geizig hat. Beim Weglassen des Rumpfes nach dem Landwehrkanal hatte er diesen Anzug stark mit Blut besudelt. Dieser Anzug wurde in einen Karton gepackt, den Frau Ermsberger am nächsten Tage durch Fräulein Gierke nach dem Andolter Bahnhof bringen ließ, um ihn dort an der Verwahrungsstelle aufzugeben. Fräulein Gierke besorgte diesen Auftrag, ohne zu wissen, was der Karton enthält und übergab den Gepäckstück der Frau Ermsberger. Diese wollte zunächst von dem Karton nichts wissen. Jetzt bekaufte sie, Probe habe durch Vermittlung des Fräulein Gierke den Gepäckstück erhalten und den Karton wieder abgeholt. Das trifft aber nicht zu. Der Karton mit dem Anzug ist wahrscheinlich an der Verwahrungsstelle liegen geblieben und nach Ablauf der Frist als herrenlos abgeholt worden.

Die Leiche wurde gestern photographiert und dann nach dem Schauhause gebracht.

Der Raubmord in der Steglitzer Straße ist noch nicht aufgeklärt. Tag und Nacht werden Leuten und Verdächtige gefasst und auch ermittelt, aber ein sicherer Anhaltspunkt hat sich noch nicht gefunden.

Ein tödlicher Unfall ereignete sich gestern mittag auf der Kleinbahnstrecke Müllentalde-Neukölln. Ein Güterzug, der von der Hermannstraße nach Britz herauf fuhr, wurde durch Ausleeren eines Wagens auseinandergerissen. Ein Bremser, der sich nicht mehr in Sicherheit bringen konnte, verunglückte; beide wurden ihm abgefahren. Außerdem wurden mehrere Waggons des Güterzuges vollkommen demoliert.

Kartoffelbesatz. Der Abschnitt U der Berliner Bezugsliste zum Bezuge von 10 Pfd. Kartoffeln und die Abchnitte 2a bis e der Berliner Kartoffelkarte zum Bezuge von 5 Pfd. Kartoffeln für die Woche vom 7. bis 13. Juni 1920 verlieren mit Donnerstag, den 10. Juni 1920, ihre Gültigkeit. Wer bis dahin seine Kartoffeln nicht abgenommen hat, erhält auf die genannten Abchnitte keine Kartoffeln. Der Verkauf von 10 Pfd. Kartoffeln auf den Abschnitt V der Berliner Bezugsliste wird fortgesetzt. Die auf die Abchnitte 2a bis e entfallenden 5 Pfd. Kartoffeln dürfen bereits von Donnerstag, den 10. Juni ab abgenommen und entnommen werden. Es wird dringend aufgefordert, die Kartoffeln sofort abzunehmen. Wer die Kartoffeln jetzt nicht abnimmt, kann auf Verteilung mit Kartoffeln dann nicht rechnen, wenn die Zufuhren wieder geringer werden.

Lebensmittellisten.

Pankow. Von Donnerstag, 10. Juni, ab werden in den bekannten Geschäften gegen Abrechnung des Bezugs- und Quittungsausschnittes II von der allgemeinen Lebensmittelliste 200 Gr. Pankow zum Preise von 1.50 M. ausgegeben.

Johannisthal. Von Freitag ab Zucker-Sonderausgabe (633); 125 Gr. Teigwaren (25); in der Gemeindeverkaufsstelle: 1 Paket Frühbrot (634), für Kinder 1 Paket Weizenbrot (634).

Glensitz (Nordbahn). Von Freitag ab auf Abschnitt 30 der Lebensmittelliste 100 Gr. Haferflocken.

Aus den Organisationen.

4. Distrikt, 1. Abteilung. Heute, Donnerstag, abends 6½ Uhr Mitgliederversammlung im „Rückischen Hof“, Admiralstr. 18c.

4. Distrikt, Agitationskommission. Freitag 7 Uhr Sitzung bei Lies, Kleine Androstr. 10.

10. Distrikt. Donnerstag 8 Uhr Sitzung der gesamten Gewerkschaftskommission des Distrikts bei Krone, Reher Straße 2. — 4. Abteilung. Freitag 7 Uhr Sitzung bei Hahn, Wörther Straße 15. Erscheinen der Bezirksleiter und der Obleute der Kommissionen notwendig.

11. Distrikt, 7. Abteilung. Mittwoch, 16. Juni, abends 7 Uhr, Jubiläum Kleiner Auguststr. 14.

Teltow-Bredow. Heute Donnerstag, von nachmittags 4 Uhr ab, im Parteibureau Neukölln, Redarstraße 3, Ausgabe von Flugblättern an alle an den Groß-Berliner Städteverordnetenwahlen beteiligten Ortsvereine.

Neukölln. Sonnabend, 12. Juni, abends 7 Uhr, Zusammenkunft sämtlicher Stadtverordnetenwahlkandidaten und Bezirksleiter bei Wolf, Kirchhofstr. 41.

Viktorsberg. Agitationskommission. Freitag 7½ Uhr Sitzung bei Schulze, Kronprinzstr., Ecke Schornweberstraße.

Röppick. Die Besetzung der Wache Alexander Kulons findet am Freitag, 11. Juni, vormittags 11½ Uhr, auf dem Städtischen Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Gehilfen. Sonnabend 8 Uhr Jubiläum bei Lindner.

Gehilfen Post und Telegraphie. Freitag 8 Uhr in der Arbeiterbildungsschule, Schillerstr. 5, Vorkonferenz sämtlicher Funktionäre einschließlich der auf unserem Boden stehenden Betriebsräte. Mit gliedsbuch legitimieren.

Bereinskalender.

Betriebsräte und Obleute der Holzindustrie. Heute 7 Uhr Versammlung in der Union-Brauerei, Hohenstraße 22/23, nicht Freitag, wie gestern irrtümlich mitgeteilt war. Bericht über die Verhandlungen der Aufbau der Betriebsräteorganisation. Der Hauptausgang der Holzindustrie — Zentrale der Betriebsräte.

Zentrale der Betriebsräte: Betriebsräte und Obmänner der Papierindustrie (graphisches Gewerbe). Freitag 8½ Uhr Vorkonferenz aller Betriebsräte und Obleute in der Schulaula Steinstr. 50/54. 1. Bericht über die Verhandlungen der Aufbau der Betriebsräteorganisation. 2. Wahl der Delegierten zur Generalkonferenz.

Betriebsräte und Obleute der Genussmittelindustrie. Freitag 7 Uhr Vorkonferenz in der Schulaula Weinmeisterstr. 16. Tagesordnung wie oben.

Betriebsräte und Obleute der Lederindustrie. Freitag 8 Uhr Versammlung in der Schulaula Markstr. 40. Tagesordnung wie oben.

Zentralverband der Angestellten. Mitgliederversammlungen am 11. Juni: Fachgruppe 14 (Maschinen- und Werkzeugbau) und (Büchereien) 7 Uhr im Rosenfelder Hof, Rosenfelder Straße 11/12. — Fachgruppe 16d (Kunsthandwerker) 7½ Uhr im Verbandshaus, Belle-Alliance-Straße 7/10. — Fachgruppe 17 (Konferenzen) 8 Uhr im Verbandshaus Belle-Alliance-Straße 7/10.

Charlottenburg. Aula der 30. Gemeindegemeinschaft, Wiedestraße: „Was erwartet das Volk von der Reichsschulkonferenz?“ Eltern und Elternbeiräte erscheinen in Massen!

Verein sozialistischer Klerge. Sonntag, 14. Juni, abends 7½ Uhr Sitzung im Deutschen Jugendklubhaus (Guttmannstr.), Bölowstr. 104 (am Kollndorffplatz). „Die Zukunft der Arbeiterversicherung.“ Gäste willkommen.

Deutscher Metzger-Verband, Bezirk 17. Fachgruppe 13 Freitag 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Alexanderhof“. — Fachgruppe 12a (Rührlerei, Hülsen- und Hülsenfabrikation). Freitag 7 Uhr Versammlung aller Metzger bei Brandenburg, Straßburger Straße 3.

Deutscher Hutarbeiter-Verband. Freitag 7 Uhr Versammlung der Betriebsräte aller Branchen im Gewerkschaftshaus, Soos 1.

Montag, 14. Juni, 7 Uhr, allgemeine Mitgliederversammlung in Soos 1.

Internationaler Bund der Kriegsgeschädigten, Bezirk O. R. 11 Freitag 7 Uhr Bezirksversammlung im „Freischieß“, Fruchtstr. 36a.

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde“. 12. und 13. Juni Gesellschaftsfahrt nach dem Oberpreusswald. Teilnehmerkarten sind noch zu haben bis Freitag abend bei Kruse, Mariannenstr. 11.

Arbeiter-Athleten-Bund, Kreis Groß-Berlin. Die Delegiertenversammlung findet umständlicher am Donnerstag, 10. Juni, abends 6½ Uhr im Reiterhof, Behrend, Pankowstr. 95, statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Sektion I. Gruppenversammlung: Gruppe III (Sommer und Sommer) am Donnerstag, 10. Juni, nachm. 4½ Uhr bei Witte, Poststr. 29. Stellungnahme zum Tarif. — Gruppe V (Waldstraße, Volkshilfsmaterialien): Donnerstag, 10. Juni, nachm. 5½ Uhr bei Hoppe, Hildestr. 24. — Gruppe VII (Wälder, Schürzen usw.): Freitag, 11. Juni, nachm. 5 Uhr, bei Witte, Poststr. 29. — Vertrauensleute aus Holzindustrie usw. 7½ Uhr bei Handel. Freitag, 11. Juni, abends 7 Uhr, wichtige Sitzung im Lokal von Wegener, Seydlitzstr. 30.

Erziehungsschule für Arbeiter. Am 15. Juni beginnen neue Abendkurse im Englischen und Französischen für Genossen ohne Vorkenntnisse. — Die französischen Kurse des Genossen Juchs, die neuen Töchter haben unterbrochen werden müssen, werden vom Genossen Weismann fortgesetzt. Anmeldung für Anfänger und Fortgeschrittene Freitag und Sonnabend nachm. von 5—8 Uhr in der Gemeindegemeinschaft, Bölowstr. 29a (Wache Rosenfelder Straße).

Sozialistisches Arbeiterjugend Neukölln. Freitag abend 8 Uhr Mitgliederversammlung im Jugendheim, Kollndorffstr. 15.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, 13. Juni: Wanderfahrten nach: I. Tiefenau-Neukölln-Biesdorf-Tiefenau. Abf. 6.30 Uhr. II. Finkenwerder-Jüdischer Friedhof-Birkenwerder. Abf. 6.30 Uhr. III. Steiner Bahnh. — Freitag, 11. Juni, abends 7 Uhr Führerschaft Kommandantenstr. 88. Bei den Touren in Güste willkommen.

Verantwortlich für die Redaktion: Paul Liebschütz, Pankow. Verantwortlich f. d. Inseratenteil: Ludwig Kometzner, Kollndorff. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsanstalt m. b. H., Schillbauerdamm 19.